

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Zwei Jahre sind seit unserer letzten Delegiertenkonferenz in Schwerin vergangen. In diesem Zeitraum hat es Ereignisse gegeben, die in ihrer Tragweite und ihren Konsequenzen nicht vorhergesehen wurden. Eurokrise, Flüchtlingskrise, Sicherheitskrise, blanker Terror radikaler Islamisten haben die Menschen ängstlich und ratlos gemacht. Die Gefahr für den Euro in Griechenland wie die kriegerischen Handlungen in der Ukraine, im Irak und in Syrien haben zusätzlich Unruhe und Besorgnis in weiten Teilen unserer Bevölkerung ausgelöst. Viele Bürger begegnen der Politik mit Misstrauen und hegen Zweifel an der Lösung all' dieser Probleme. Mit mangelndem Selbstvertrauen und Verzagtheit, mit schlechter Laune und „German Angst“ kommen wir gewiss nicht weiter.

Krisenzeiten sind immer auch Zeiten für Populisten und linker und rechter Radikalos. Sie sind ausschließlich am Erhalt der Probleme interessiert und nicht an deren Lösung. Selbstbewusster und beherzter müssen wir der Öffentlichkeit klarmachen, welche Argumente wir ihnen entgegensetzen, und wir müssen mehr als bisher die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen und ernsthaft mit ihr diskutieren. Hochnäsige Ansprachen und Besserwisseri sind töricht und fehl am Platz, wenn wir Glaubwürdigkeit gewinnen wollen. Wenn eine Grundstimmung pessimistisch ist, braucht man verständnisvolle Worte, vor allem aber auch ein gerüttelt' Maß an Emotionalität, die den Argumenten einen weiteren Schub geben. Haben wir damit nicht bereits großen Erfolg gehabt in der Nachkriegszeit und besonders während der Tage um die deutsche Einheit.

Häufig ertönt aus einer mit Vorurteilen befrachteten und politisch weniger kompetenten Ecke der Gesellschaft der Ruf, die Politik brauche notwendigerweise eine Verjüngung. Ich halte diesen polit-pubertären Heilslehrern entgegen, dass Politik, überall und grundsätzlich, keine Verjüngung braucht, sondern ein gemeinsames Handeln von klugen jungen und alten Politikern. Diese Gemeinsamkeit ist eine der tragenden Säulen einer funktionierenden Demokratie und ein unverzichtbares Elixier für die Lebendigkeit unseres Gemeinwesens. So dienen die Erfahrungen der Älteren ihnen nicht allein, sondern ebenso den Jüngeren.

Natürlich betreibt die Senioren-Union, wie alle anderen Vereinigungen auch, Interessenvertretung. Das ist völlig legitim in einer pluralistischen Gesellschaft, jeder muss sich behaupten, und dafür braucht man solidarische Gemeinschaften. Allein eine erfolgreiche Politik funktioniert nur dann, wenn sie in einen generationenübergreifenden

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Zusammenhang symbolisiert, der von den Generationen unmittelbar erfahren, empfunden, bejaht und gelebt wird.

Die Politik der Senioren-Union widerspricht deshalb fundamental der Meinung, wonach das Alter das besondere Merkmal eines eigensüchtigen und unsolidarischen Verhaltens zeigt. Allein die aufopferungsvolle Hinwendung der Großeltern an ihre Enkel, die von einer engen und starken Bindung geprägt ist, zeigt allen, wie in Wirklichkeit das Verhältnis zwischen Jung und Alt bestellt ist.

Selbstverständlich, und dabei wird es auch bleiben, treten alle Vereinigungen der CDU, auch die Senioren-Union, engagiert für ihre Gruppen ein, für die sie Verantwortung tragen, da macht unsere Vereinigung keine Ausnahme. Würden die Vereinigungen aber ihre Politik ausschließlich auf ihre eigenen Ziele beschränken, dann verlöre sich die Politik der CDU am Ende in einem beständigen Gegeneinander unterschiedlicher Gruppeninteressen.

Die Atomisierung, ja der Zerfall unserer Partei wäre auf die Dauer nicht aufzuhalten. Ich wünsche mir sehr, dass so manche jüngere Vertreter unserer Partei, und nicht nur diese allein, ihre Ansichten über die anderen Vereinigungen dahingehend überprüfen, dass wir alle zuerst Mitglieder der CDU und dann erst Mitglieder einer Vereinigung sind.

Schon Konrad Adenauer hat immer daran erinnert, dass die CDU eine Volkspartei und keine Sammelpartei ist. Und diese Volkspartei eint eine große gemeinsame Idee, die uns unter dem „C“ zusammenführt. Es ist und bleibt die Idee einer Politik vom christlichen Verständnis des Menschen, vom Primat der Menschenwürde und vom unauflöselichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung.

Darauf möchte die Senioren-Union in einer teilweise zerrissenen Welt in besonderer Weise ihr Augenmerk richten.

Und es bleibt dabei: Nur mit Hilfe der älteren Generation kann unsere große Volkspartei, die Christlich Demokratische Union, in den kommenden Wahlen die bestimmende politische Kraft bleiben. Nur mit der älteren Generation, und zwar ohne Einschränkung und unter Anerkennung ihrer politischen Potenz, werden wir die Zukunft gestalten können im Dienst unseres deutschen Vaterlandes und seiner Menschen. Und weil das so ist, stellt sich die Senioren-Union die Frage, ob ihre politische Mitarbeit im Wesentlichen auf die Betreuung von Canvassingständen und die Verteilung von Flyern bei Wahlkämpfen beschränkt sein soll.

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Wer das vorschlägt oder so sieht, wird sich in Zukunft wappnen müssen. Die Senioren-Union fordert mehr Mitverantwortung und Mitarbeit in den Vorständen auf allen Ebenen der Partei, nicht zuletzt auch eine deutlich erkennbare Präsenz in den CDU-Fraktionen aller Parlamente, vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir einen Hinweis auf einen Schwachpunkt in der parlamentarischen Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Alle Vereinigungen unserer Partei, mit Ausnahme der Senioren-Union, sind in der Parlamentsarbeit durch eine adäquate Arbeitsgruppe in der Fraktion vertreten, um ihre spezifischen Sachkenntnisse in die Fraktionsarbeit einbringen.

Ich frage nach den Gründen, warum den älteren Abgeordneten bisher eine eigene Gruppe vorenthalten worden ist. Sei's drum, es dient weder den Interessen der Unionsfraktion, noch entspricht es Vorgaben der Klugheit, wenn man der größten Wählergruppe in der Republik nicht jene Beachtung durch eine besondere „Gruppe der Älteren“ beimisst, wie das mit Blick auf die jüngere Generation seit Jahren selbstverständlich ist.

Vornehmlich in der letzten Zeit wird immer lauter über die Sicherheit der Rente diskutiert. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob infolge der demographischen Entwicklung die gegenwärtige Rentenformel noch Bestand haben kann, sondern mehr noch darum, ob die zukünftig erwartete Rente noch für einen normalen Lebensunterhalt reicht. Wenn nämlich die Durchschnittsrente im Jahre 2030 auf 43 % des bisherigen Einkommens abgeschmolzen wird, kann niemand mehr mit Überzeugung behaupten, ein solcher Betrag reiche allein für ein normales zivilisiertes Leben aus. Wenn der Betroffene sein ganzes Arbeitsleben lang gearbeitet und ungeschmälert seine Beiträge gezahlt hat und nicht von der öffentlichen Hand durch Transferleistungen unterhalten wurde, dann ist es ein Skandal, wenn nur eine Rente in Höhe der Sozialhilfe übrigbleibt. Soweit darf es nicht kommen, das jedenfalls ist die Forderung der Senioren-Union.

Unbestritten ist es, dass die gegenwärtig bestehende gesetzliche Rentenversicherung unter den aktuellen Vorgaben der Demographie nur gesichert werden kann, wenn die Menschen länger arbeiten. Nun wird dies nicht von allen Berufstätigen verlangt werden können, deren Arbeit mit einem gerüttelt' Maß an körperlichen Anstrengungen verbunden ist, die erfahrungsgemäß ab einem bestimmten Alter nicht mehr geleistet werden können. Inwieweit in solchen Fällen noch Umschulungen möglich sind oder Teilzeitarbeit in anderen Berufszweigen mit weniger anstrengender Arbeit gefunden werden kann, sollte nüchtern und vorurteilsfrei geprüft werden. Überhaupt kein Verständnis habe ich aber dafür, dass Älteren eine Verlängerung der Arbeitszeit allein mit der Erreichung des

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

gesetzlichen Renten- oder Pensionsalters verwehrt oder erschwert wird, die gerne weiterarbeiten wollen und es auch noch können.

Wir müssen schleunigst damit beginnen, die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, nicht nur eine längere Arbeitszeit zuzulassen, sondern sie sogar zu fördern. Die Senioren-Union begrüßt deshalb mit Nachdruck die Initiative der Bundesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Verbund mit einer angepassten Verbesserung der Rente. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur der erste.

Meinen Unmut ruft aber die gegenwärtige Inflation der unterschiedlichsten Forderungen zum Eintritt in das gesetzliche Renteneintrittsalter hervor. Einmal soll es bei 67 Jahren liegen, sodann bei 70, einige selbsternannte Fachleute fordern sogar ein Alter von 75 Jahren.

Ich weiß beim besten Willen nicht, mit welchen Daten die Renten-Propheten ihre kühnen Forderungen begründen. Ich halte es für besser und seriöser, endlich einmal eine von jeder Ideologie freie Untersuchung einzuleiten, an der alle berufenen und sachkundigen Gruppen aus Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften und mit der Sache im Zusammenhang stehende Persönlichkeiten teilnehmen, die ergebnisoffen über ein ebenso zukunftsfähiges wie tragfähiges Projekt einer Alterssicherung beraten. Am Ende sollte ein Vorschlag präsentiert werden, der Altersarmut verhindert, zunächst jedenfalls für eine längere und überschaubare Zeit. So ein Konzept könnte auch im Bundestagswahlkampf 2017 für die Union noch interessant sein.

Natürlich dürfen bei solchen Plänen keinesfalls die Sorgen der Jüngeren, der Beitragszahler, übersehen werden, die befürchten, unverschuldet in eine Überschuldungs- und Überforderungsfalle zu geraten, die ihnen jede eigene Entfaltungsmöglichkeit zu nehmen droht. Zur Lösung dieses Problems bedarf es eines Dialogs und nicht eines Macht- und Verteilungskampfes. Hinweise auf eine „Rentnerschwemme“ oder die Gefahr einer „Ausplünderung der Jungen durch die Alten“ sind schlimme Diffamierungen, die Vorurteile nähren. Es sind Provokationen, die die Zusammenarbeit der Generationen im Sinne innovativer Gemeinschaftsarbeit erheblich gefährden und die man besser unterlassen sollte. Unsere Demokratie baut auf das Vertrauen der Generationen untereinander und nicht auf Verdächtigungen, die die Kluft zwischen Jungen und Alten vergrößert anstatt sie zu überbrücken.

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Die Generationen müssen die Gewissheit haben, dass die Demokratie nur Bestand haben kann, wenn sie sich nicht gegenseitig überfordern. Wir brauchen gemeinsames Tun und die Erkenntnis, dass im Verhältnis von Jung und Alt die Durchsetzung eigener Interessen um jeden Preis nichts Gutes verheißt und am Ende die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt. Die Senioren-Union weiß um die zunehmende Zahl ihrer Altersgenossen, und sie weiß auch, dass deren Einfluss wächst. Wir wollen aber weder ausschließlich eine Altenpolitik noch wünschen wir uns eine Altenrepublik. Was wir allerdings wollen, und das mit gutem Recht, ist eine gleichberechtigte Partnerschaft mit der jüngeren Generation in der aktiven Politik, die allen im Land vor Augen führt, dass wir keine „betreute“ Generation genannt sein wollen. Wir wollen vielmehr teilhaben an der politischen Macht und wir wollen mitbestimmen.

Ja, wir wollen Macht, doch Macht wozu? Ich wiederhole: Politik allein für die Älteren ist unsere Sache nicht! Das wäre reine Interessenvertretung, die zwar legitim ist, aber mit einer Werteorientierung unter dem „C“ in unserem Namen nichts zu tun hätte. Werteorientierung richtet sich streng genommen auch gegen eigene Partikularinteressen. Die Jungen haben ihre Rechte, die es zu achten und zu stärken gilt, doch auch die Älteren haben ihre Rechte. Deshalb unser Aufruf zu mehr Gemeinsamkeit zwischen Jung und Alt. Sie ist das Gütesiegel der Partei der Generationen, das Markenzeichen der Union. Eine gute Beziehung zwischen Jung und Alt ist die beste Versicherung für die Zukunft. Den so häufig mit dummen und unverantwortlichen Argumenten angekündigten „Krieg der Generationen“ wird es nicht geben.

Eine ebenso wichtige Forderung der Älteren, wie die nach einer soliden Alterssicherung, besteht in einer ausreichenden medizinischen Versorgung und, so es nötig ist, auch in einer menschenwürdigen Pflege, die die Betroffenen nicht an den Rand der Gesellschaft drängt und ihnen dagegen die menschliche Zuwendung und Nähe erhält. Diese Forderung hat aus meiner Sicht ein eigenes „Gewicht der Würde“, die, wenn Sie so wollen, auch mit dem 4. Gebot begründet werden kann, wonach jedem älteren Menschen, gleichgültig in welcher Verfassung er sich befindet, die Ehre gebührt, von der Gesellschaft geachtet zu werden.

Leider wird das im Generationenvertrag verankerte soziale Netz der Familie wohl in Zukunft allein nicht mehr reichen. Wenn die Kinder fehlen, ist die Familie als „verlässliche Vollversicherung“ nur noch Vergangenheit. Der solidarische Rahmen muss deshalb weiter gefasst werden. Wie können wir die steigenden Kosten tragen für moderne ärztliche Betreuung, für das wachsende Pflegepersonal, die neuen Medikamente, wie auch für die medizinische Forschung. Fest steht, dass mehr Ärzte allein nicht automatisch mehr

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Gesundheit bringen. Aber Gedanken mache ich mir schon, wenn ich an das flache Land denke, wo Landärzte keinen Nachfolger finden und ganze Landstriche eines Tages ohne ärztliche Versorgung dastehen und wo Kranke für den Weg zum Arzt hin und zurück sogar mit einer Hotelübernachtung rechnen müssen.

Für mich bleibt es unverständlich, warum für das medizinische Studium weiterhin ein anscheinend unabwendbarer Numerus Clausus existiert und für die Zulassung bestimmte Abiturnoten vorgeschrieben werden. Ein „ausreichend“ in Erdkunde, Chemie oder in welcher Fremdsprache auch immer kann die Durchschnittsnote schmälern mit der Folge, dass der Wunsch zum Medizinstudium unerfüllt bleibt. Ich komme ins Grübeln angesichts einer solchen Zulassungsmethode.

Mir ist mit Blick auf den Studiumserfolg und späteren Beruf ein junger Medizinstudent lieber, der mit großer Emotion und Hingabe sich dem Medizinstudium widmet, wobei es mir egal ist, ob er dafür alle achttausender Gipfel des Himalaya der Reihe nach aufsagen kann. In unserem Land muss es doch möglich sein, die notwendigen Gelder zu erwirtschaften, um die medizinischen Fakultäten personell, technisch und baulich in einer Weise auszustatten, endlich mehr Mediziner auszubilden, wie das in Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Polen und den USA, um nur diese Länder zu nennen, einfach selbstverständlich ist.

Ich empfehle auch einmal darüber nachzudenken, jenen Medizinstudenten die Zulassung zum Medizinstudium zu erleichtern, die sich vorzeitig verpflichten, jedenfalls für eine bestimmte Zeit, eine Landarztpraxis zu übernehmen oder eine neue zu gründen. Den Bürgern im Lande würde ein solches Verfahren weitaus mehr dienen als Medizinstudenten auszubilden, die nach dem Examen und kurzer Praxis nur eine Klinik bevorzugen, oder sogleich in die Pharmaindustrie abwandern, weil dort gewöhnlich geregelte Arbeitszeiten bestehen und ein besseres Salär gezahlt wird. Die Politik muss sich mehr einfallen lassen, die Senioren-Union sagt Ideenhilfe zu.

Gewiss, die Politik kann die Menschen ärgern, aber gesund machen kann sie sie nicht. Ebenso wenig kann sie alle anfallenden medizinischen Kosten in Zukunft begleichen. Die Gesellschaft und jeder einzelne Bürger selbst tragen in einem freiheitlichen Staat ein besonderes Maß an Verantwortung für den Erhalt ihrer Gesundheit. Wenn zu befürchten ist, dass in den kommenden Jahren sich Diabetes-, Herz- und Kreislaufkrankheiten mit exorbitant ansteigenden Kosten sich zu verdoppeln drohen, dann trifft auch den Bürger eine Pflicht, seine Möglichkeiten zu nutzen, es zu diesen Krankheiten erst gar nicht

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

kommen zu lassen. In unserer freien Gesellschaft ist mehr körperliche Bewegung nicht verboten, natürlich auch nicht vorgeschrieben.

Ebenso wenig sind große und fettreiche Mahlzeiten gesetzlich verankert, man kann sich freiwillig auch mit weniger begnügen, ohne gleich straffällig zu werden. An keiner Stelle in unserer Gesetzgebung ist ein Passus zu finden, der hohen Alkoholkonsum als ausgewiesene Bürgerpflicht vorschreibt. Wenn also die Kosten für so genannte Wohlstandskrankheiten in einem Maße ansteigen, die kaum noch zu bezahlen sind, sollte man hin und wieder auf sein Umfeld Obacht geben und über seine Gesundheit nachdenken. Damit ich recht verstanden werde, ich gehöre nicht zu denen, die Menschen die Freude am Leben nehmen wollen. Das Gegenteil ist der Fall.

Auch ich bin ein Anhänger fröhlicher Tafelrunden und betrachte es nicht als aggressiven Akt, wenn mir jemand mit einem Glas Wein oder Bier zuproftet. Aber hin und wieder ein wenig mehr Maß zu halten und als Konservativer häufiger die Mitte zu suchen, macht schon einen Sinn. Im Übrigen verursacht ein geschundener Magen schlechte Laune und Miesepeterei, die keinem gefällt, den Wählern auch nicht.

Die Senioren-Union fordert deshalb von der Politik, insbesondere von unserer Union, eine noch stärkere Aufklärung über präventive Gesundheitsmaßnahmen, mit weiteren Ermäßigungen bei den Krankenkassenbeiträgen, so man Präventionen befolgt. Es ist allemal besser und billiger, Kosten zur Vermeidung von Krankheiten zu verwenden, als weitaus höhere Kosten aufbringen zu müssen, wenn die Krankheit erst ausgebrochen ist.

Im Übrigen sollte auch einmal darüber nachgedacht werden, zukünftig mehr Medikamente in kleineren Packungen anzubieten, wenn weniger Tabletten zur Bekämpfung der Krankheit ausreichen. Unmengen von halbleeren Packungen mit Milliarden an unnötigen Kosten für die Patienten werden für den Mülleimer produziert. Das ist ein großer Skandal, wie ich meine.

Und schließlich sollte uns die Erfahrung klug machen, dass es nicht wenige Zeitgenossen gibt, die in der ersten Hälfte ihres Lebens ihre Gesundheit opfern, um Geld zu verdienen und in der zweiten Hälfte wieder das Geld opfern, um sie zurückzugewinnen.

Vor dem Hintergrund der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die sich im Zeitalter der Globalisierung noch wesentlich verschärfen werden, kann nur derjenige Erfolg haben, der zumindest im technischen Bereich infolge besonderer Ausbildung einen

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Vorsprung aufweist. Unser Land besitzt keine Rohstoffvorkommen, die alle Welt nötig hat und die ohne eigene Anstrengungen in harter Währung abgesetzt werden können.

Deutschland ist als Exportnation wie kaum ein anderes Land weltweit auf eine herausragende Bildungs- und Ausbildungsstruktur angewiesen, um seinen bisherigen Wohlstand aufrechtzuerhalten.

Die Hände können wir nicht in den Schoß legen, wenn beispielsweise in den Entwicklungs- und Schwellenländern Generationen heranwachsen, die nicht nur bildungsfähig, sondern in besonderer Weise auch leistungswillig und dazu noch hoch emotionalisiert sind, es den großen Industrienationen, die vormals in nicht wenigen Fällen noch ihre ehemaligen Kolonialherren waren, es so richtig zu zeigen, und ihnen klarzumachen, dass sie in der Weltwirtschaft nicht mehr allein den Ton angeben. Deshalb muss unser Land permanent seine Stärken fördern, durch die es sich bislang ausgezeichnet hat und erfolgreich war: Arbeit und Fleiß, Leistungsbereitschaft und Zuverlässigkeit, vor allem aber Bildung und Ausbildung.

Dafür muss die Politik einen unveränderlichen Grundsatz festschreiben, dass die soziale Herkunft und die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses keine Voraussetzungen für Bildung und Ausbildung eines Menschen sein dürfen. Es wäre eine unverzeihliche Niederlage für unser Land, wenn Bildungsferne in der Familie und deren Umfeld die Bildungs- und Ausbildungschancen eines jungen Menschen verhindern und seine berechtigten Chancen auf Entfaltung seiner Persönlichkeit ruinieren würden, vom Verlust für die Gesellschaft ganz zu schweigen.

Wenn ich von Bildung und Ausbildung spreche, so meine ich nicht nur ein Bildungs- und Ausbildungsangebot an junge Leute. In gleicher Weise haben Ältere einen Anspruch auf Bildung und Weiterbildung, der gefördert und unterstützt werden muss, um auch ihnen die Chance zu geben und zu erhalten, einen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz auszufüllen. Infolge der Digitalisierung werden Arbeitsplätze fortfallen und neue entstehen, die zusätzliches Wissen erfordern. In vielen Alltagsaufgaben werden Computer bald schon besser sein als Menschen, und Roboter übernehmen Aufgaben, die Menschen nicht besser können. Wer deshalb einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit das Wort redet, der muss auch den Älteren das Recht auf Weiterbildung einräumen.

Die Senioren-Union fordert ohne Abstriche, dass Ältere die Freiheit haben müssen, soweit sie sich zur Weiterarbeit entschließen, sich weiterzubilden, um für neue Forderungen der Arbeitswelt gerüstet zu sein.

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Andererseits sind auch die Unternehmen aufgerufen, wenn sie der Verlängerung der Lebensarbeitszeit allein schon wegen des Fachkräftemangels das Wort reden, auch altersgerechte Arbeitsplätze anzubieten. Das kalendarische Alter sagt über die Fähigkeit einer Berufsausübung wie der Weiterbildung für sich allein noch gar nichts aus. Auch im fortgeschrittenen Alter leisten ältere Menschen gute Arbeit, vielleicht in anderer Weise, auf keinen Fall aber schlechter.

Ebenso wie Jüngere definieren sich Ältere, ob ehrenamtlich oder nicht, über ihre Arbeit und ihre Leistung. Beide schaffen Selbstvertrauen und Selbstachtung, in der Tat keine unwichtigen Attribute für das Alter.

Angesichts der zukünftigen Arbeitswelt mahnt die Senioren-Union sehr ernsthaft an, sich weit mehr Gedanken um die neuen Arbeitsplätze von Morgen zu machen. Welche Arbeitsplätze werden in der Zukunft vor dem Hintergrund der Digitalisierung und dem verstärktem Auftritt von Robotern noch Bestand haben. Wie wird die Digitalisierung die Arbeitswelt verändern? Die Politik muss sich intensiver mit diesen Fragen beschäftigen und Antworten suchen, wie auch die Tarifpartner aufgefordert sind, dabei nicht untätig zu sein.

Aber unsere Zukunft hängt nicht allein von der Sicherheit der Arbeitsplätze ab, ebenso muss die künftige persönliche Sicherheit der Menschen gewährleistet sein. Fakt ist, dass Straftaten zunehmen und die Aufklärungsquoten bei einer Reihe von Delikten recht dürftig ausfallen, in den Bundesländern sogar noch unterschiedlich. Was das Vorgehen gegen Wohnungseinbrüche und Gewalttaten vornehmlich gegen Ältere angeht, bleibt es bei unserer Forderung, dass Polizei und Sicherheitsorgane ohne weitere Verzögerung verstärkt werden müssen.

Was unsere äußere Sicherheit angeht, so sehen wir uns an den Außengrenzen Europas von unübersehbaren kriegerischen Handlungen und schwierigen Auseinandersetzungen umzingelt, für deren Ende immer noch keine Lösung gefunden wurde, geschweige überhaupt in Sicht ist. Auch die Auseinandersetzungen in Asien und Afrika haben wieder zugenommen und lassen nichts Gutes befürchten.

Wenn Sie mir in diesem Zusammenhang eine persönliche Bemerkung gestatten: Bis heute habe ich aus meiner Sicht keine Besserung unserer äußeren Sicherheitslage gegenüber früher erkennen können, die eine Aufhebung der Wehrpflicht gerechtfertigt hätte. Allen unseren Soldaten, die in fremden Ländern für unser Land ihre Pflicht tun, möchte ich in

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

diesem Zusammenhang und bei dieser Gelegenheit den ungeteilten Dank und Respekt der Senioren-Union aussprechen. Für die Europäer ist die Sicherheitslage Europas angesichts der laufenden Entwicklung zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten auch nicht besser geworden, vom Brexit einmal ganz zu schweigen.

Wenn es uns nicht gelingt, die Einheit Europas und seine gemeinsame Kultur zu erhalten, die überkommenen Werte auch gemeinsam zu verteidigen, dann wird eine verhängnisvolle Erfahrung Platz greifen, dass Demokratie und Freiheit keine Ewigkeitsgarantie haben, wenn sie nicht stets neu errungen werden.

Sattheit und Sorglosigkeit, Naivität und nationalistisches Gezänk sind alles andere als demokratische Wehrhaftigkeit, um unseren Kontinent als Leuchtturm der Freiheit und Sicherheit zu erhalten. Die über 65 Millionen Flüchtlinge auf der Welt, die vor Zerstörung und Krieg und vor den Massakern blutrünstiger Religionskrieger fliehen, und nicht nur diese, auch Milliarden hungernder Menschen sehen in Europa weiter einen Anker der Hoffnung und Humanität. Die Europäer haben allen Grund, sich hin und wieder zu schämen.

In Deutschland wollen nun von linken Radikalos mitbestimmte Regierungen außenpolitisch neue und höchst gefährliche Wege, wie beispielsweise den Austritt aus der NATO, beschreiten. Auch wirtschaftspolitisch könnten sie durch Dirigismus und mit sozialistischen Experimenten, die bislang ohne Ausnahme in der Konkursmasse der Geschichte landeten, all' das zertrümmern, was in 70 Jahren sozialer Marktwirtschaft von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land mit Fleiß und vielen Opfern an Wohlstand und wirtschaftlichem Aufschwung geschaffen wurde.

Nach dem von der übergroßen Mehrheit der Deutschen begrüßte Totalzusammenbruch der SED bekäme ihre Nachfolgepartei erneut die Möglichkeit, eine Politik zu arrangieren, die 1990 zum Wohle unseres Landes und Europas hinweggefegt wurde. Wo in aller Welt bitte, so frage ich, gibt es einen einzigen sozialistischen Staat, in dem sich die Realität von wirtschaftlichem Wohlstand verbunden mit persönlicher Freiheit widerspiegelt!

Und wie in der Weimarer Zeit machen sich neben linken auch rechte nationalistische Radikalos mit gemeingefährlichen populistischen Forderungen auf den Weg. Neue Grenzen wollen sie in Europa aufzuziehen, die jeder Verständigung und Versöhnung der Menschen auf unserem Kontinent blanken Hohn sprechen. Haben manche braungetünchten Strategen einer neuen Bewegung, die zu allem Überflus noch von eventsüchtigen Talkmastern bei der Verkündung ihrer ebenso verworrenen wie

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

gefährlichen Postulate hofiert werden, einmal darüber nachgedacht, dass es Nationalisten waren, die Europa am Ende in eine nicht zu überbietende Katastrophe geführt haben.

Im Fernsehen sollte man deshalb einmal mehr über die Gäste, die mit Demokratie nichts zu tun haben, nachdenken. Ihnen sollte man kein Forum bieten für ihre nationalistische Politik. Wer in Europa erneut Grenzen errichten, seine wirtschaftliche Gemeinschaft aus den Angeln heben und durch nationalistische Raffsucht ersetzen will, die alle guten Nachbarschaften und Freundschaften wieder zerstört, der legt auch die Axt an die wirtschaftliche und politische Existenz unseres Vaterlandes. Niemals wieder darf es Hasardeuren einer stumpfen und menschenverachtenden Ideologie erlaubt sein, all' das ruinieren, was über 70 Jahre an Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa aufgebaut und erhalten werden konnte.

Sieben Jahrzehnte hat die Union mit Beginn der Kanzlerschaft Konrad Adenauers über Erhard, Kiesinger, Kohl bis Merkel mit dazu beigetragen, dass Europa die längste Friedensperiode seiner Geschichte erlebt hat, die unserem Land einen Aufschwung ermöglichte, den die meisten 1945 nicht vorausgesehen, geschweige erahnt haben. In der Welt wurde er als „deutsches Wirtschaftswunder“ gepriesen. Es war aber kein Wunder. Es waren Arbeit und Fleiß, die Opferbereitschaft und vor allem der Freiheitswille von Millionen von Deutschen, die in einer westlich orientierten Wertegemeinschaft demokratischer und freiheitlicher Nationen mithelfen wollten, ihr Vaterland wieder lebenswert und erfolgreich zu machen, ohne trennende Grenzen zu den Nachbarn und vor allem in der Vielzahl und Buntheit der Bräuche und Traditionen Europas.

Es waren die Kriegsgeneration und die der Nachkriegszeit, die Generationen also, deren Angehörige auch hier vor mir sitzen, die ihren unschätzbaren Beitrag zu dieser Friedenspolitik beigetragen haben. Und deshalb wird und kann es die heutige Generation der Seniorinnen und Senioren auch nicht zulassen, dass verantwortungslose Nationalisten und sozialistische Phantasten mit ihren in die historische Rumpelkammer gehörenden Trümmerideologien der europäischen Einigung Schaden zufügen. Neue Grenzen schaffen neue Konflikte, und solche Konflikte haben in der Regel böse Folgen, wer wüsste das besser als die Europäer. Gerade die Älteren von heute würden alles aufs Spiel setzen, was sie persönlich seit Ende des Krieges aufgebaut und für die Freiheit geleistet haben, wenn sie nicht bereit sind, den Gegnern Europas Paroli zu bieten.

Nun gibt es in der AfD eine Partei, die offensichtlich die europäische Einheit bekämpft. Sie will Grenzen wieder schließen, den Euro beseitigen und die europäische Gemeinschaft auflösen. Damit setzt diese Partei die wirtschaftliche und soziale Existenz unseres Landes

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

aufs Spiel. Wirtschaftlicher Aufschwung wie soziale Sicherheit wären bis auf die Fundamente gefährdet, so diese Partei ihre nationalistischen Programme durchsetzen könnte. Doch ins Jammern und Wehklagen zu verfallen über die zeitweiligen Erfolge der AfD hieße aber, die völlige Unfähigkeit in der Politik wie ein Banner vor sich herzutragen.

Wir in der Union müssen wieder mutiger und ernsthafter die Wählerinnen und Wählern der AfD ansprechen, sie davon überzeugen, wohin die nationalistische Politik dieser Partei führt und welche katastrophalen Folgen es für sie selbst am Ende haben kann, wenn sie der AfD ihre Stimme geben. Eine solche Ansprache verlangt einmal mehr Präsenz und Bürgernähe, nicht in klimatisierten Räumen einer Talkshow als gestylter Verkünder von hoher Warte. Nein, es muss schon eine andere Art von Präsenz und Bürgernähe sein, mit der wir dem Wähler begegnen. Auftritte auf Marktplätzen, wo der Wind auch mal um die Ecke pfeift, sollten uns nicht zu schade sein, die Auseinandersetzung zu suchen.

Auch Auftritte im hinteren Lokal, etwas dunkel und mit wackeligen Tischen und Stühlen, und davon kenne ich etwas, lassen als Umgebung Emotionalität und Glaubwürdigkeit eines Politikers erkennen, wenn es ihm darauf ankommt, mit Worten zu überzeugen. So kann die Union der AfD mit Erfolg ans Leder gehen nach der Devise, den Problemen nicht aus dem Weg gehen und dem Volk auf's Maul schauen, aber nicht unbedingt nach dem Maul zu reden.

Die AfD-Oberen sind das Gegenteil von Patrioten. Ein deutscher Patriot liebt sein Vaterland, aber er erhöht es nicht. Er achtet die Patrioten anderer Länder und weiß, dass Patriotismus mit Würde und Respekt zu tun hat, die allen Menschen zustehen, gleich welcher Nationalität sie sind. Ein Nationalist ist das Gegenteil eines Patrioten. Es empört mich, wenn Nationalisten ihre Parolen unter der schwarz-rot-goldenen Fahne verkünden, die doch allein ein Symbol ist für die Bürgerinnen und Bürger, die für Freiheit, Menschenwürde und Demokratie eintreten.

Vor dem Hintergrund der hohen Zuwandererquote in unserem Land haben sich verständlicherweise Probleme ergeben, die dringend gelöst werden müssen. Einerseits muss die Identität aller Migranten überprüft werden, die in unser Land gekommen sind, andererseits haben wir schon aus Rechtsgründen festzustellen, wer als Flüchtling aus Krisengebieten unseren Schutz sucht und wer nicht zu dieser Gruppe gehört. Die ersteren haben einen Schutzanspruch nach unserer Verfassung, die, daran darf ich erinnern, „im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen“, unser Handeln bestimmen soll.

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Deshalb mag mir so mancher „Durchgreifbürger“ die Frage beantworten, wie er nach dem Wortlaut der Verfassung seine Verantwortung sieht angesichts der Bilder auf der anderen Seite des Drahtzauns von hungernden und frierenden Menschen, unter ihnen viele Frauen und unschuldige Kinder, die als Flüchtlinge völlig verzweifelt um Einlass bitten.

Ich kann mich noch gut an den heißen Sommer 1945 erinnern, als ich in meinem Geburtsort, einem kleinen westfälischen Dorf, hungernde und zerkumpte vertriebene Frauen, Kinder und alte Männer aus Schlesien im Staub am Rande der Dorfstraße sah, die verzweifelt darauf warteten, in einer leeren Schule, die mit Stroh ausgelegt war, untergebracht zu werden. Jüngere Männer sah man nicht unter ihnen, sie waren in Gefangenschaft, vermisst, verwundet oder waren gefallen. Gewiss, es waren Deutsche, um die wir uns zu kümmern hatten. Doch gibt es für Christen keine Werteordnung, die nach Nationalitäten gestaffelt ist und die den Samariter je nach Pragmatismus bei der Hilfe ausblendet.

Damit ich recht verstanden werde, ich habe damals die Entscheidung von Angela Merkel gebilligt, die hilfeschuchenden Flüchtlinge vor dem Budapester Bahnhof nach Deutschland kommen zu lassen. Und zu dieser Entscheidung stehe ich auch heute noch ohne jede Einschränkung und meine auch, dass der Union die Meinung der Kirche nicht gleichgültig sein sollte. Mir ist natürlich bewusst, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge auf der Welt aufnehmen kann, zumindest nicht die, die nach unserer Verfassung keinen Asylanspruch haben.

Deshalb muss die Identitätsprüfung zügig fortgeführt werden, um zu verhindern, dass die Einwanderung nicht ausgenutzt und unser Land nicht überfordert wird. Hin und wieder denke ich schon mal darüber nach, dass in den Ländern, die im Augenblick vom Krieg und großem menschlichen Leid heimgesucht werden, eines Tages auch wieder Frieden herrschen und ein Wiederaufbau stattfinden wird. Ob in diesen Fällen bei arbeitsfähigen Menschen statt einer Integration in Deutschland nicht eine Aufbauhilfe für sie im früheren Heimatland vorteilhafter wäre, darüber möge jeder selbst entscheiden.

Ich wünsche mir jedenfalls von Herzen, dass alsbald die Ursachen des Flüchtlingseleuds durch eine Beendigung der fürchterlichen Kriege mit all' ihren Gewalttätigkeiten beendet sein werden. Aber zugeben müssen wir auch, dass die Bundesregierung bei der Lösung der Flüchtlingsprobleme bereits große Fortschritte gemacht hat. Diese Arbeit muss zügig fortgesetzt werden.

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Der Fortschritt könnte gewiss noch schneller erfolgen, wenn CDU und CSU möglichst schnell wieder zu gemeinsamem Tun zurückfinden würden. Die Senioren-Union bietet dazu bereitwillig ihre Hilfe an.

Die ältere Generation, unsere Generation, die den Schrecken von Krieg und Diktatur erleiden und erdulden musste, ist besonders sensibel für Fragen der ethischen und geistigen Standortbestimmung. Sie spielen in der Brückenfunktion zwischen Alt und Jung eine besondere Rolle. Das Anwachsen unseres technischen Könnens und unsere Macht über die Materie bedeuten nicht zwangsläufig auch Wachstum unserer Moral. Das Missverhältnis zwischen technischem Können und moralischer Potenz birgt meines Erachtens die eigentliche Gefahr für unsere Zukunft.

Zwar gibt es heute einen zeitgeistlichen Moralismus, der sich in den Stichworten Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung artikuliert und wesentliche moralische Werte bestimmt, die es eben auch in der Tat bedarf. Aber dieser Moralismus bleibt unbestimmt und gleitet in der Regel in politisch parteiliche Kommentierungen ab. Schaut man hingegen genauer hin, so bleibt meistens eine Forderung an andere und weniger an sich selbst übrig. Am Ende sind es große Worte und Werte, die jedem Missbrauch offen stehen. Gerade diesem Missbrauch müssen wir als Seniorinnen und Senioren widerstehen. Klare Fragen bedürfen einer klaren und wahrhaftigen Antwort.

Wenn sich Christen oder vom christlichen Glauben geprägte Menschen fragen, was angesichts der Entwicklungen in der Welt vor dem Hintergrund sich machtvoll in den Vordergrund drängender Religionen getan werden muss, die die christliche Kultur und die westlich orientierte Wertegemeinschaft ablehnen, teilweise sogar grausam bekämpfen und vor diesem Hintergrund Andersgläubige in unser Land kommen, was sie ängstigt, dann müssen sie eine Antwort bekommen, die sich an der Wirklichkeit orientiert und ihnen ihre Ängste nimmt.

Ich möchte darauf als Europäer antworten: Das Christentum ist nicht von Europa ausgegangen, aber in Europa hat es die geschichtswirksamsten Konturen und seine intellektuellen Ausprägungen gefunden. Es bleibt deshalb in einzigartiger Weise mit Europa verbunden.

Die Einzigartigkeit unserer europäischen Kultur liegt in den Wurzeln der griechischen Philosophie mit ihren demokratischen Traditionen, des römischen Rechts, den unabänderlichen Wertvorstellungen des Christentums und den Postulaten der Aufklärung,

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundsvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

die alle zum Fundament des europäischen Geisteslebens und einer jeden freiheitlichen europäischen Verfassung wurden.

Für diese Kultur und die daraus resultierenden Gesetze haben Millionen von Frauen und Männern auf diesem Kontinent in einem mehr als 3.000 Jahre währendem Prozess Frieden und Freiheit gesucht und gewollt und dafür auch unsäglich gelitten und unermessliche Opfer gebracht. Und deshalb bleibt es dabei, dass sich die Zuwanderer mit einer anderen Religionszugehörigkeit sich unserem Land und seinen Wertevorstellungen, die in unserer Verfassung ihren traditionellen Niederschlag fanden, anzupassen haben und nicht umgekehrt, wir, die Deutschen und die Europäer, deren Werteordnungen, die sie in ihrer früheren Heimat praktizierten. Die Zuwanderer haben eine Bringschuld, die sie einlösen müssen, wenn sie mit uns in Frieden und Eintracht leben wollen, wie das in jedem anderen Land der Welt verlangt wird.

Die meisten Deutschen stehen zur christlichen Kultur oder sind weitestgehend von ihr geprägt, selbst wenn sie heute nicht mehr Christen sein wollen. Und all' dies geschieht nicht unter politischem Druck, niemand zwingt sie dazu, zu glauben oder nicht zu glauben, sich als Christen zu bezeichnen oder es nicht zu tun.

Dieses Recht darf auch von keinem anderen infrage gestellt oder aufgrund religiöser Überzeugungen bekämpft werden. Und deshalb ist es einem Zuwanderer nicht erlaubt, unseren christlichen Glauben zu brüskieren oder gar zu bekämpfen, wie Christen es auch nicht gegen andere Religionen tun dürfen. Wer in unserem Land ein Bleiberecht fordert, gleichzeitig aber Unfrieden gegen Christen predigt und die Integration in unsere Gesellschaft als Angriff auf seine religiöse Identität bezeichnet, der hat in unserem Land nichts mehr zu suchen.

Leitkultur des rechtlichen Denkens ist in Deutschland allein das Grundgesetz und dabei wird es bleiben! Unter diesem Gesetz nur heißen wir Zuwanderer willkommen. Wer etwas anderes will als das, was das Grundgesetz vorschreibt, der ist berechtigt, von einem großartigen Recht unserer Verfassung, dem Recht auf Freiheit und der Freizügigkeit Gebrauch zu machen. Er braucht sich nicht durch unsere Verfassung eingeengt fühlen, sie bietet ihm vielmehr die Freiheit, unser Land jederzeit zu verlassen. Hingegen haben Mitglieder anderer Religionen das Recht, in unserem Land ihren Glauben zu praktizieren, wie es unsere Verfassung vorschreibt.

Und gehindert ist kein Moslem daran, darüber nachzudenken, dass in einer Reihe von muslimischen Ländern Christen für ihre Bekenntnistreue zu Jesus Christus bestraft

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

werden, nicht selten sogar mit der Todesstrafe rechnen müssen und unter islamischen Terrormilizen grausam zu Tode gequält werden. Und sie sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass der Bau von Moscheen von der deutschen Bevölkerung wohl anders kommentiert werden würde, so in ihren Heimatländern der Bau christlicher Kirchen ebenso frei erfolgen könnte. Christen sind stets zum Dialog mit Andersgläubigen bereit. Allein kann ein solcher Dialog nur dann funktionieren, wenn alle Beteiligten sich an gemeinsame Regeln und an gemeinsame Wertevorstellungen halten. Christen sind dialogbereit, aber standpunktlos sind sie nicht.

Und wir Deutschen sprechen Deutsch in Deutschland, nicht Englisch, es sollte auch kein „Denglisch“ sein, nicht Chinesisch, nicht Japanisch, nicht Italienisch und auch nicht Arabisch oder Türkisch. Wenn Zuwanderer Teil unserer Gesellschaft werden wollen, dann bitte lasst uns Deutsch miteinander sprechen. Ein Volk fährt gegen die Wand, wenn es sich im eigenen Land über Dolmetscher verständigen muss.

In jedem Fall müssen Parallelgesellschaften verhindert werden, in der ein Teil sich der westlichen Kultur- und Wertegesellschaft verbunden fühlt, der andere dagegen eine verhängnisvolle antiwestliche Welt propagiert und verherrlicht. In Deutschland gibt es keine Scharia, und sie wird es auch nicht geben, es gilt die deutsche Strafprozessordnung.

Männer und Frauen haben gleiche Rechte, Totalverschleierung widerspricht diesem Grundsatz. Und schließlich hat in unserem Land schon aus Staatsraison niemand etwas zu suchen, der das Existenzrecht Israels bekämpft oder in Frage stellt.

Ins Grübeln kann man allerdings kommen im Rückblick auf die Silvesternacht und die kürzlich stattgefundenen Demonstration in Köln, als Zigtausende von in Deutschland lebenden Türken, viele von ihnen mit einem deutschen Pass, ihrem Präsidenten, dem türkischen Präsidenten Erdogan, zugejubelt haben. Sicherlich müssen auch viele Deutsche noch die Integration üben, allein nach Köln und der Kundgebung am Rheinufer, stelle ich mir doch die Frage, ob die dort anwesenden Demonstranten überhaupt integrationswillig sind und weiter zur Integration stehen. Sie bedarf einer Antwort, als der türkische Staatspräsident es auch war, der vor nicht allzu langer Zeit ebenfalls in Köln vor Zigtausenden ihm zujubelnder Türken verkündete, eine Assimilation, also die Anpassung an die deutsche und europäische Kultur, sei „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“!

Bei solch' großen Worten wird natürlich umso mehr die Frage an uns Deutsche nach der eigenen Identität gestellt. Mit einem über Jahre vagabundierenden Identitätsbedürfnis werden wir uns auf die Dauer nicht mehr begnügen können.

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

Mit permanenter Distanzierung und mit Rückzugsbewegungen auf dem Feld unserer europäischen Traditionen werden wir mit Sicherheit Schiffbruch erleiden. Lange waren die Deutschen in Europa aus bekannten Gründen die einzigen Analphabeten des nationalen Gefühls.

Wie konnten wir dabei glauben, dass Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben und sich mit ihr gemeinsam mit uns identifizieren würden, wenn wir selbst wenig davon hielten. Schließlich und letztendlich dürfen die Europäer und unter ihnen die Deutschen nicht ihre Augen verschließen, wenn hinter nicht weit entfernten Grenzen gewalttätige Auseinandersetzungen stattfinden, die unbestreitbar ein sichtbares religiöses Feuer erkennen lassen, das Europa umringt.

Beschwichtigungen und Mahnungen zur Toleranz werden die Gotteskrieger nicht von ihren schändlichen Taten abhalten. Wir müssen einsehen, ob wir es wollen oder nicht, dass unsere säkularen Lebensformen auf dem Spiel stehen. Wir können damit fertig werden und Gefahren abwehren, so sich die Europäer darüber klar sind, wofür sie stehen und vor allen Dingen zu kämpfen bereit sind. Dafür ist nichts wichtiger als die Aufrechterhaltung unserer jüdisch-christlichen Grundüberzeugungen.

Unser technischer Fortschritt und Reichtum allein werden auf die Dauer mit Sicherheit kein wirksamer Schutzschild sein. Wenn der Europa prägende Glaube ins Wanken gerät, ist auch die Demokratie in Gefahr. Wer das nicht einsieht, hat augenblicklich schon den Kampf verloren.

Alle Europäer brauchen wieder mehr Stehvermögen und Beharrlichkeit in der Verfolgung ihrer politischen Ziele. Wenn wir uns vor Augen halten, in welcher Weise auch unser Land daran mitgewirkt hat aus einem total zertrümmerten Kontinent einen Kontinent der Freiheit und des Aufbaus zu machen, wo Feinde zu Freunden wurden und unser gemeinsames Haus Europa ein Hoffnungsträger für alle Menschen in der Welt geworden ist, die unter Verfolgung und Armut leiden, dann bin ich sicher, dass wir in europäischer Eintracht gegenüber den neuen globalen Herausforderungen der Neuzeit erfolgreich bestehen werden. Noch nie zuvor ist es der Mehrheit unseres Volkes so gut gegangen wie heute. Haben wir das eigentlich vergessen!

Sattheit und Liegestuhlmentalität werden uns nicht helfen, hingegen aber die Zurückbesinnung auf die geistigen Stärken der europäischen Kultur und die unverrückbare Bereitschaft für sie zu kämpfen, nicht zuletzt zum Nutzen aller Menschen auf der Welt, gleichgültig welcher Nationalität, Herkunft, welchen Glaubens und welcher Hautfarbe sie

Rede Prof. Dr. Otto Wulff
Bundvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im CDU-Bundesvorstand

auch sein mögen. Doch kräftiger aufrappeln müssen wir uns schon, um als Deutsche und als Europäer gute Arbeit zu leisten. Die ältere Generation steht in besonderer Pflicht, und zwar aufgrund ihrer Erfahrungen in der Vergangenheit. Sie muss Vorbild sein und Flagge zeigen, um in schwierigen Situationen unseres Landes den Grundkonsens aller Demokraten zu stärken und ihn als verbindende Kraft zu begreifen.

Und stets sollten wir bedenken, dass unser Land jederzeit eine tatkräftige und starke Hand und nicht minder ein großes und weites Herz nötig hat. Beide, liebe Seniorinnen und Senioren, Herz und Hand, wollen wir ihm brüderlich vereint im „Lied der Deutschen“ mit den Worten zusichern: Blühe deutsches Vaterland!